

Vortrag an den Ministerrat

Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 14. Juni 2022 in Luxemburg

Am 15. Juni 2022 fand in Brüssel der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in der Formation der Gesundheitsminister:innen statt. Den Vorsitz führte die französische Gesundheitsministerin Brigitte BOURGUIGNON. Für die Europäische Kommission (EK) nahm Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, teil. An der Tagung teilgenommen haben zudem die Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), Andrea AMMON, und die Exekutivdirektorin der Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA), Emer COOKE. Österreich war durch Gregor Schusterschitz (Stellvertretender Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU) vertreten.

Nach Annahme der A-Punkte erfolgte (**Top 2**) der Gedankenaustausch über den **Vorschlag für eine Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten**. Stella Kyriakides betonte das große Potenzial einer wirksamen Nutzung von Gesundheitsdaten zur Verbesserung der Versorgung und des Nutzens für Patient:innen. Kern des Vorschlages sei eine große Sorgfalt im Umgang mit personenbezogenen Daten. Dies solle einerseits durch strengen Datenschutz und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen erreicht werden. Patient:innen müssten jedenfalls Autonomie über ihre Daten erlangen und behalten und könnten durch den Vorschlag auch im EU-Ausland durch entsprechend digitalisierte Gesundheitsakten raschen Zugang zu geeigneten Behandlungen erhalten. Die Verarbeitung der Daten für Forschungszwecke könnte Innovationen fördern, die wesentlich für die schnelle Reaktion auf und die Bekämpfung von neuartigen Bedrohungen seien. Die Mitgliedstaaten begrüßten den Vorschlag, wiesen jedoch auch auf die heiklen Fragen hin, die sich aus diesem Vorschlag ergeben, wie z.B. die Sicherheit und der Schutz der Daten, die Finanzierung und die Notwendigkeit, einen Raum des Vertrauens zum Nutzen aller zu schaffen. Österreich betonte ergänzend die notwendige Möglichkeit eines Opt-Outs für die Bürger:innen und regte an, die Expertise von national bereits vorhandener eHealth-Strukturen zu nutzen.

Der zweite zentrale Tagesordnungspunkt (**TOP 3**) des Rates war ein Gedankenaustausch hinsichtlich der **Überprüfung der Strategie der Europäischen Union für globale Gesundheit**. Angesichts der jüngsten Ereignisse, einschließlich der COVID-19-Pandemie und der durch den Krieg in der Ukraine verursachten gesundheitlichen und humanitären Krise, kündigte die EK am 19. Mai an, einen Prozess zur Entwicklung einer neuen globalen Gesundheitsstrategie der EU einzuleiten. Die Mitgliedstaaten begrüßten diese Entscheidung, die Strategie sei wesentlich für die Neudefinition der globalen Gesundheitsprioritäten der EU, ebenso wie für die Stärkung der Gesundheitssysteme und in Vorbereitung bzw. als Reaktion auf Gesundheitskrisen zu sehen. Der One-Health-Ansatz solle besonders gefördert werden. Die Mitgliedstaaten forderten außerdem, dass diese Strategie den Einfluss der EU im Bereich Gesundheit auf internationaler Ebene sowie die Koordinierung zwischen den einschlägigen EU-Akteur:innen stärken soll.

Unter dem Tagespunkt Sonstiges diskutierten die Mitgliedstaaten die Verordnungen zu Medizinprodukten, die Umsetzung der Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA), die Arzneimittelzulassung in Europa bzgl. Evidenzlücken und möglicher Lösungen, den aktuellen Sachstand zur Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/21, das gemeinsame Schreiben einiger Mitgliedstaaten auf Initiative Polens an die EK betreffend der Überarbeitung der Bestimmungen über Impfstoff-Kaufverträge in Bezug auf überschüssige Impfstoffe, die Zunahme von Fällen schwerer akuter Hepatitis unbekannter Ätiologie bei Kindern und von Affenpocken, medizinische Evakuierungen und sanitätsdienstliche Unterstützung der Ukraine und das Arbeitsprogramm des anstehenden CZ VS.

Beim Mittagessen fand ein informeller Austausch über die nächsten Herausforderungen der EU-COVID-19-Impfstoffstrategie statt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

28. Juni 2022

Johannes Rauch
Bundesminister